

Fachbetrieb [redacted] - Sachkundiger für bekämpfenden Holzschutz Reg.Nr. [redacted]

[redacted]

Finanzamt XXXXXXXXXXXX

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

[redacted]

[redacted]

22.03.2018

Betr.: Ihr Schreiben vom 16.03.2018 wegen Umsatzsteuer 3/2017  
Zurückweisung/Widerspruch  
und  
ich erteile ihnen meine Mahnung !

Sehr geehrte Damen und Herren ,

ihr Geschäftsgebaren ist unter aller Würde. Schlimmer, es ist kriminell.  
Zuerst hat ein Staat oder eine Dienststelle die vorgibt im Auftrag eines Staates zu handeln selbst das eigene Recht, Gesetz, eigene AO oder FO genauestens dem Bürger gegenüber einzuhalten.  
Tut er das nicht, wie in ihrem Fall, so verliert er jede Rechtsgrundlage.  
Dann ist es kein „Staat“ sondern eine gesetzlose Bande.

Sie senden mir mit Schreiben vom 16.03.18 einen nicht unterschriebenen Zettel mit dem Titel Mahnung, behaupten rückständige Beiträge und setzen sogar noch „Verspätungszuschlag“ fest.  
Offenbar bezieht sich diese „Mahnung“ auf ihre selbst ausgedachten Zahlen vom 15.02.18 , auf diese sogenannte Festsetzung hatte ich bereits Widerspruch eingelegt mit meinem Schreiben vom 23.02.2018 und zwar in detailliert dargelegten und begründeten 6 Punkten.  
Mein Widerspruch wurde von ihnen NICHT BEARBEITET und ich mahne hiermit die Bearbeitung und Beantwortung meines Widerspruches an.  
Es ist mein Recht zu widersprechen und es ist IHRE PFLICHT mir zu antworten.  
Diese ihre Mahnung ist deshalb ein eindeutiger Rechtsverstoß mir gegenüber.  
Sie machen sich strafbar und ich werde diesen Rechtsverstoß zur Anzeige bringen.

Inhaber Dipl.Ing [redacted]  
[redacted]

Tel .: [redacted]  
Mail : [redacted]  
USt.Id.Nr. [redacted]

Sparkasse [redacted]  
IBAN: DE [redacted]  
BIC : W [redacted]

## Blatt 2

Bereits mit meinem Schreiben vom 19.10.2017, vom 28.11.2017, 23.02.2018 teilte ich ihnen zur UST für das 3.Quartal mit, dass zum Bescheid des FA [REDACTED] vom 25.09.2017 eine Klage beim Finanzgericht Cottbus anhängig ist, welche auch das III.Quartal und weitere Quartale betrifft. Beigefügt in Anlage auch meine ausführliche Begründung gegenüber dem Finanzgericht Cottbus vom 23.12.2017 nochmals zu ihrer Kenntnis. Es ist ein laufendes Verfahren, beachten sie das bitte künftig.

1.

Meine Klage hat zur Grundlage die Klärung der Zuständigkeit der BRD sowie ihrer Finanzdienstleister wie der BRD Finanzagentur GmbH und FA. Für mich als nachweislicher DDR Bürger sind sie nicht zuständig. Die Klage wurde vom Finanzgericht Cottbus angenommen und wird unter folgendem Aktenzeichen 7 K [REDACTED]/17 geführt. Auch meine ausführliche Klagebegründung wurde dem Finanzgericht Cottbus von mir zugestellt.

2.

Weiterhin habe ich seit dem 10.August 2017 eine Sicherheitsleistung in Höhe von 1 Million Euro für das Verfahren des Rechtsstreites beim Finanzamt hinterlegt. Bis zur Verhandlung und Entscheidung des FG Cottbus sind mir sowohl Erklärungen als auch Zahlungen an sie nicht möglich und unzulässig.

3.

In ihrem Schreiben vom 15.02.2018 zugrunde gelegte Zahlen sind für mich nicht nachvollziehbar und bereits von ihnen bezogene Zahlungen sind nicht zum Abzug gebracht sodass ich auch der Höhe nach widerspreche.

4.

Weiterhin steht noch immer im Raum und wurde von Ihnen nicht entkräftet, dass Ihr Unternehmen BRD Finanzagentur GmbH – HRB 51411 dem sie angehören seit dem 01.11.2016 wegen Nichtzahlung in Milliardenhöhe sich in Insolvenz befindet und nach den mir vorliegenden Informationen durch den Gläubiger per 28.11.2017 verwertet und verkauft wurde.

Bereits mehrfach hatte ich sie dazu aufgefordert dazu Stellung zu beziehen um den Sachverhalt von ihrer Seite zu entkräften jedoch nie Antwort erhalten.

Ich bin verpflichtet diese Information einzuholen und darf nach Insolvenzordnung an ein Insolvenzunternehmen keine Zahlungen leisten.

Mir liegen entsprechende glaubhafte Unterlagen vor die ihre Insolvenz belegen.

Für Zahlungen benennen sie mir daher bitte ihren Insolvenzverwalter.

Nochmals möchte ich sie um verbindliche Auskunft zu diesem schwerwiegenden Sachverhalt bitten.

Es ist notwendig damit ich mich rechtskonform verhalten kann.

5.

Mit meinen zahlreichen Schreiben bereits seit Februar 2016 hatte ich sie aufgefordert mir die Rechtsgrundlage ihrer Tätigkeit, ihrer Schreiben sowie ihrer Forderungen mitzuteilen.

So verwenden sie noch immer zahlreiche **NAZI Gesetze von Adolf Hitler** als einzigste Rechtsgrundlage ihrer Steuerforderungen.

Das zeigen von Nazi-Symbolen sowie die Anwendung von Nazi-Gesetzen auch auszugsweise ist jedoch ein schwerer Straftatbestand und ist erklärungsbedürftig. Auf meine ausführlichen Fragen dazu sind sie bisher nicht im geringsten eingegangen sondern reagieren lediglich mit exekutiver Gewalt.

Ich bestehe dazu auf Angabe der Rechtsgrundlage zu den von Ihnen erhobenen Steuern, Nazi-Gesetze kann ich nicht akzeptieren.

**An dieser Stelle, ich habe mich persönlich bei den zuständigen Alliierten entnazifiziert**

**und**

**möchte sie auch darüber belehren, dass ich kein Reichsbürger bin.**

**Ich bin nachweislich belegbar DDR Bürger, bis heute.**

6.

Um den von ihnen zu erwartenden rechtswidrigen Zwangsmaßnahmen zu begegnen erkläre ich ihnen, dass meine bereits seit dem 10. August 2017 hinterlegte

**Sicherheitsleistung in Höhe von 1 Million Euro**

den von ihnen rechtswidrig geforderten Betrag bereits abdeckt.

Sicherheitshalber um kein Risiko einzugehen habe ich den strittigen Betrag unter Vorbehalt der Nachprüfung an die Bank ihres Insolvenzgläubigers Staatsbank der DDR überwiesen.

Sie erhalten über diese Zahlung im Anhang beigefügt eine gesiegelte und unterschriebene bankbestätigte Quittung übersendet.

Ich mahne sie an, die Beantwortung zu den vorgenannten sechs Punkten dieses Schreibens ( entsprechen meinem Einspruch vom 23.2.18) vorzunehmen, bitte nicht mit i.A. (als Bote) sondern rechtsgültig unterzeichnet.

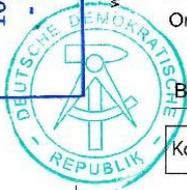
Anlagen

R [redacted] r



# Quittung

VOLKS KAMMER  
10 - Republic - 21  
- Deutschland -  
GBI IS 125



www.betriebsvordrucke.de

Beleg-Nummer:	Insol.Nr. 15749 R.S.	Brutto	1.796,00 EUR
MWSt Satz %	StB Deutschland	MWSt	
		Netto	1.796,00 EUR

Betrag in Worten: Eintausendsiebenhundertsechundneunzig

Zahlung von: R [redacted] er, M [redacted] ( BRD GmbH ( [redacted] ) )

Verwendungszweck: FA -BRD GmbH Insolvenzbeitrag - Treuhand Hong Kong

Ort / Datum

Stempel / Unterschrift

Berlin , den 23.02.2018

Kontierung: MARKDEF1100



Insolvenzbeitrag ; [redacted] , Bescheid des FA [redacted]  
Ref. ID der BRD GmbH , [redacted]

**Betrag : 1.796 , 00 EUR per 23.02.2018**

Im Auftrag der Treuhandverwaltung Kong Kong  
Insolvenzverfahren AG Frankfurt vom 1.11.16

Gez. Gläubiger/Gesetzgeber

erhalten : Staatsbank Deutschland

